bnr.de
blick nach rechts

15. Oktober 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 21/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Neue Kräfteverhältnisse 2

Die extreme Rechte rüstet sich für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im kommenden Mai.

„Kampfgemeinschaft“ 3

Die Jungen Nationaldemokraten im Ländle sind völkisch-national geprägt – in ihren Reihen findet sich auch ein mutmaßlicher Bombenbauer.

AUSLAND 4

Rassistische Demagogen 4

Mit 15 Abgeordneten ist die extreme Rechte künftig im griechischen Parlament vertreten.

Revanchistisches Zündeln 5

Freiheit für Südtirol bleibt programmatisches Ziel der extremen Rechten – vor Jahrzehnten wurden dafür über 300 Terroranschläge verübt.

DEMOKRATISCHE INITIATIVEN 7

Gute Rezepte 7

Was gegen den Antisemitismus unter Jugendlichen getan werden kann.

REZENSION 8

Orientierungshilfe 8

Ein Sammelband informiert über Strukturen und strategische Grundlagen der extremen Rechten.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Erbitterter Widerstand 9

Der Warschauer Aufstand gegen die verhassten Besatzer vor 65 Jahren wurde von breiten Bevölkerungskreisen getragen – er endete mit fast 200 000 Toten oder Vermissten.

MELDUNGEN 10

Neue Kräfteverhältnisse

Die extreme Rechte rüstet sich für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im kommenden Mai.

Auf das Superwahljahr 2009 folgt ein Jahr mit lediglich einem einzigen Wahltermin. Allerdings ist es das größte Bundesland, in dem im nächsten Mai ein neuer Landtag zu bestimmen ist. Parteien der extremen Rechten hatten bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren und Jahrzehnten verlässlich keine Chance. Über 1,1 Prozent kam die NPD in ihrer Geschichte zwischen Rhein, Ruhr und Weser nie hinaus, die Republikaner nie über 1,8 Prozent, die DVU trat dort zu keiner einzigen Landtagswahl an. 2005 erzielten die REP 0,8 Prozent, die NPD 0,9 Prozent. Dass sie im kommenden Mai deutlich besser abschneiden werden, erscheint zweifelhaft.

Das hat auch – aber nicht nur – mit der neuen Konkurrenz am rechten Rand zu tun. „Pro NRW" will mit den Themen „Innere Sicherheit, Zuwanderung, Islamisierung, Korruption und auch soziale Gerechtigkeit landesweit die Bürger hinter sich scharen", wie die rechtspopulistische „Bürgerbewegung" Anfang Oktober nach einer Klausurtagung ihres Vorstands mitteilte. „Pro NRW muss das laut aussprechen, was die Mehrheit der einheimischen steuerzahlenden Bevölkerung leise denkt beziehungsweise empfindet." Koordinieren soll den Wahlkampf Manfred Rouhs, Ratsmitglied in Köln und zugleich Fraktionsgeschäftsführer von „pro NRW" im Leverkusener Stadtrat. „Landesweite Aktionstage" haben die Rechtspopulisten für die nächsten Wochen angekündigt. Beginnen sollen sie in Düsseldorf und Herne – wohl nicht zufällig in zwei Städten, in denen noch halbwegs funktionierende Strukturen der Republikaner existieren.

Die REP waren bei der Kommunalwahl der Verlierer im extrem rechten Parteienspektrum Nordrhein-Westfalens. Aber immerhin verfügen sie in einigen Großstädten, auf die „pro NRW" ein begehrliches Auge werfen dürfte, noch über Parteistrukturen und Mandate: so unter anderem in Düsseldorf und Herne, aber auch in Wuppertal, Essen und im Kreis Aachen – Regionen, in denen die Bemühungen von „pro", handlungsfähige Parteigliederungen aufzubauen, bisher scheiterten. Auf die Wählerschaft der Republikaner und auf manche ihrer Funktionäre hat es „pro" insbesondere abgesehen. Mit dem ehemaligen Siegener REP-Kreisvorsitzenden und Listenfünften für die Landtagswahl Frank Maul hat man einen von ihnen bereits in den eigenen Reihen begrüßen können. Dabei lohnt sich der Wechsel wohl auch materiell: Eineinhalb Wochen nach Mauls Übertritt teilte „pro NRW" mit, er werde das Team im Leverkusener Stadtrat verstärken.

„Politikfähige Mitstreiter anderer seriöser Formationen" seien zur Mitarbeit eingeladen, sagt der „pro NRW"-Vorsitzende Beisicht ganz allgemein. Für gewöhnlich tut er sich schwer damit, zu konkretisieren, wer damit außer (ehemaligen) Republikanern gemeint ist. Immerhin aber gab Beisicht am 5. Oktober der Internetplattform „Gesamtrechts", die sich durch Sympathien für den NPD-Flügel rund um die Voigt-Kritiker Holger Apfel und Frank Franz sowie für DVUler auszeichnet, ein Interview. Damit signalisierte er auch, dass er zumindest die Verantwortlichen dieser Seite nicht zum, von ihm häufiger kritisierten „neonazistischen Narrensaum" rechnet. Schroff ist hingegen die Stellung zum Mehrheitsflügel der NPD und seinen „parteifreien" Unterstützern: „Voigt, Rieger, Reitz und Co. diskreditieren mit ihren peinlichen und teilweise realsatirischen Aufgüssen der NS-Propaganda das gesamte rechte Spektrum."

Profitieren werden „pro", NPD und REP von einem geänderten Wahlrecht. Erstmals wird – wie bei der Bundestagswahl – mit Erst- und Zweitstimme votiert. Bisher konnten Parteien nur dort gewählt werden, wo sie im jeweiligen Wahlkreis auch einen Direktbewerber aufgestellt hatten, für den 100 Unterstützungsunterschriften zu sammeln waren. Eine Partei, die flächendeckend antreten wollte, hatte also in den 128 Wahlkreisen fast 13 000 Unterstützungsunterschriften zusammenbekommen müssen – eine zu hohe Hürde im Jahr 2005 beispielsweise für die NPD, die am Ende nur in 109 Wahlkreisen auf den Stimmzetteln stand. Theoretisch würde es nun reichen, 1000 Unterschriften für die Landesliste zu sammeln, um landesweit wählbar zu sein. Allerdings haben NPD und „pro" gleichlautend signalisiert, Ziel sei es, „in möglichst vielen Wahlkreisen" auch mit der Erststimme wählbar zu sein. Inwieweit das beiden gelingt, wird einen ersten Hinweis auf die neuen Kräfteverhältnisse der extremen Rechten in NRW liefern.

Tomas Sager

„Kampfgemeinschaft“

Die Jungen Nationaldemokraten im Ländle sind völkisch-national geprägt – in ihren Reihen findet sich auch ein mutmaßlicher Bombenbauer.

Es mag euphorisch bei der Vorstandssitzung der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Baden-Württemberg am 12. Juli dieses Jahres zugegangen sein. Deren Landesgruppe zählt mit über 100 Kadern zu den mitgliederstärksten, die 13 Stützpunkte gelten als funktionstüchtig und mit dem Landesgeschäftsführer Alexander Neidlein verfügt die NPD-Nachwuchstruppe im „Ländle“ über einen erfahrenen Parteifunktionär mit besten Kontakten zum Bundesvorstand. Obgleich die militanten Obsessionen des Lörracher Stützpunktleiters den Kameraden nicht verborgen geblieben sein dürften, rechnete noch niemand mit den Hausdurchsuchungen und Chemikalienfunden wenige Monate später. An dem Sonntag traf man sich, um Mitgliederstand, Stützpunkt-Neugründungen, Finanzen, Schulungen, Zeltlager und die Anmietung einer neuen Geschäftsstelle zu besprechen.

Es war den Neonazis um den umtriebigen Crailsheimer Anführer Neidlein und JN-Landeschef Lars Gold aus Schwäbisch-Hall/Hohenlohe gelungen, einen Ersatz für die verkaufte ehemalige Gaststätte „Goldenes Kreuz“ in Rosenberg-Hohenberg zu finden. In dem Haus hatte sich auch die Landesgeschäftsstelle befunden. Bis Mitte des Jahres hatte Neidlein als einer der letzten gemeldeten Bewohner das Gebäude räumen müssen. Inzwischen wohnt der ehemalige Kroatiensöldner in dem früheren „Backstage Rockclub“ in Elpersheim, einem Ortsteil von Weikersheim. Dort in dem geräumigen weißen Gebäude mit großem Parkplatz soll er mit einer Mitbewohnerin „in getrennten Wohnungen“ leben. An der Tür steht noch „MC Trust“, das Haus diente einem Rockerclub aus Bad Mergentheim als Treffpunkt.

Während der JN-Sitzung wurde die Adresse in Elpersheim den Kameraden bekanntgegeben und im Protokoll vermerkt. Das Haus soll einem Steuerberater aus Crailsheim gehören, berichten Anwohner. Es liegt strategisch günstig am Ende einer kleinen Straße, dahinter erstrecken sich weite Felder und Wiesen. Doch nicht nur der gelungene Gebäudecoup ließ die Neonazis hoffen, auch die neuen Stützpunktgründungen in Hohenlohe, Main-Tauber und Lörrach wurden freudig verkündet.

„Aufklärung“ mit den Daten politischer Gegner

Der Lörracher Stützpunkt ist auch für Freiburg, Breisgau, Hochschwarzwald und Emmerdingen zuständig – eine große Herausforderung für den emsigen Kameraden Thomas Baumann aus Weil am Rhein. Obwohl der 22-Jährige nicht dem Vorstand angehörte, nahm er an der Sitzung im Juli als Gast teil. Der angehende Altenpfleger engagierte sich bereits beim „Nationalen Sanitätsdienst“ (NSD) und hatte Kontakt zur NSD-Koordinatorin Michaela Zanker in Berlin. Während seiner zweijährigen Bundeswehrzeit soll Baumann bei den Krisenreaktionskräften geschult worden sein. Danach interessierte sich der Waffenfreak auch für den NPD-Ordnerdienst. Seit Juni 2008 baute er nach Recherchen der „taz“ eine „Arbeitsgruppe Aufklärung“ auf, in der Daten politischer Gegner gesammelt werden sollten. „Namen, Nummern, Freunde, Vereine, Wohnort, Schule, Bilder einfach Alles!“ sollte über „die Zecken“ zusammengetragen werden. Besonders ins Visier des Neonazis geriet die Antifa der Universitätsstadt Freiburg.

Im September wurde der JN-Stützpunktleiter als mutmaßlicher Bombenbauer verhaftet. Nazigegner hatten der Polizei Hinweise auf den Besitz von zahlreichen Chemikalien gegeben, mit denen funktionsfähige Sprengsätze hergestellt werden könnten. Bei seiner Festnahme führte der Neonazi zwei Messer im Rucksack und eines im Gürtel mit sich. Baumann kommunizierte scheinbar ganz offen über seine Vorlieben und Pläne mit Kameraden. Dennoch gelang es dem JN-Landesverband, sich weitgehend aus den Medienberichten herauszuhalten. Ein Sprecher der Freiburger Antifa bewertete eine mögliche Einzeltäterthese der Behörden als „falsch“. Er wirft den JN und der Kameradschaft „Freie Kräfte Lörrach“ vor, den mutmaßlichen Bombenbastler unterstützt zu haben.

Tatsächlich galt Thomas Baumann in den von Neidlein und Gold angeführten Reihen und unter der speziellen Obhut von Lörrachs NPD-Chef Christoph Bauer als integriert. Gerade der als autark geltende Landesverband der JN richtete sich straff nach innen aus. Nach dem Fortzug der JN-Aktivistin Anne-Marie Doberenz, die eine Annäherung in Richtung „Autonomer Nationalisten“ angestrebt hatte, schien jetzt eine völkisch-nationale Prägung Konsens zu sein.

Konspirativ hatte bereits ein Zeltlager zu Pfingsten in der Pfalz stattgefunden, ein weiteres war für Anfang August im Kreis Heilbronn geplant worden. In der internen Einladung wurde ausdrücklich betont, dass „militärische Uniformierung“ verboten sei, aber als „Ausdruck unserer Kampfgemeinschaft und des Gemeinschaftsgefühls“ sollte während des Lagers einheitliche Kleidung in schwarz und weiß getragen werden.

Altgediente Kader der „Wiking-Jugend“

Der JN-Landeschef Lars Gold war bereits als 15-Jähriger in die JN eingetreten. Als NPD-Kandidat erhielt der gelernte Drucker bei der Bundestagswahl 2009 in seinem Wahlkreis Schwäbisch-Hall-Hohenlohe rund 2 Prozent der Stimmen, das beste Einzelergebnis lag bei 4,3 Prozent in Fichtenau. Sein JN-Stützpunkt Hohenlohe hatte mit martialischen Bildern von einem Pfingstlager in der Pfalz auf sich aufmerksam gemacht. Die etwa 35 teilnehmenden „Jungs und Mädels“ quartierten sich während des mehrtägigen Lagers in weißen Zelten ein. Sie übten sich in Selbstverteidigung, studierten neue Lieder ein, begingen Morgenfeiern, Fahnenappelle und Frühsport. Auf dem Plan standen nach Angaben der Neonazis „der Südtiroler Freiheitskampf“, eine Rhetorikschulung, ein Theaterstück über die Vorbereitung auf Notzeiten sowie die Ziele „der nationalen Jugend“.

Beim Neonazi-Aufmarsch in Dresden Anfang des Jahres vermischten sich JN-Anhänger aus Baden-Württemberg wie Sascha Jörg Schüler aus Künzelsau mit ehemaligen Aktivisten der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ wie Martin Götze, Student in Rottenburg und norddeutschen JN-Kameraden wie Christian Fischer und Simon D., die ebenfalls in der HDJ aktiv waren. Die völkische Neonazi-Szene im Ländle wird maßgeblich von altgedienten Kadern aus den Reihen der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ mitgeprägt.

Die Nachwuchs-Kader im Südwesten geben sich selbstbewusst. So verkündete Neidlein großspurig die Gründung des NPD-Kreisverbandes Schwäbisch-Hall, dessen Chef er sei – und setzte nach: „Die Zeiten sind vorbei, wo das ‘Nazis Raus!’-Geblöke unserer schafsköpfigen Gegner ausgereicht hätte, uns zu isolieren.“

Andrea Röpke

Rassistische Demagogen

Mit 15 Abgeordneten ist die extreme Rechte künftig im griechischen Parlament vertreten.

„ND (Nea Dimokraita) – PASOK – Siemens“ prangte es von den Wahlplakaten des „Völkisch Orthodoxen Sammelbeckens, LAOS“ in Griechenland. Mit dem Hinweis auf die tatsächlich in einen riesigen Korruptionsskandal von Siemens verwickelten beiden großen griechischen Parteien wollte Giorgos Karatsaferis sich und seine Partei als „Saubermänner“ präsentieren. Auch an anderer Stelle griff der Demagoge mit populistischen und rassistischen Parolen geschickt real existierende Probleme auf.

LAOS, seit 2004 im europäischen und seit September 2007 auch im nationalen Parlament Griechenlands vertreten konnte sich jetzt bei den Wahlen am 4. Oktober dieses Jahres auf diese Weise wohl dauerhaft als parlamentarische Vertretung der extremen Rechten etablieren. Die Partei erzielte 5,6 Prozent der Stimmen (2007: 3,8) und wird künftig mit 15 Abgeordneten mehr Polizeistaat gegen „kriminelle Ausländer“ fordern können. Neben Parteiführer Giorgos Karatsaferis ziehen dabei unter anderem der vormalige Geheimdienstchef des Landes Giannis Korantsis und Thanasis Plevris ins Parlament ein. Letzterer wurde stellvertretend für seinen Vater, den Hitler-Verehrer und Holocaust-Leugner Kostas Plevris gewählt. (s. bnr 7/2009).

Berührungsängste mit offen rechtsextremen Kräften in Griechenland hat LAOS dabei nicht. Zwar trat deren stärkste Kraft, „Chrisi Avgi“, zu deutsch „Goldene Morgendämmerung“ eigenständig an und erzielte nur 0,3 Prozent der Stimmen. Zusammen mit Anhängern von LAOS bilden sie aber die treibende Kraft hinter so genannten „Komitees aufgebrachter Bürger“, die sich in Problemvierteln Athens gebildet haben, in denen aufgrund einer fehlenden Asyl- und Einwanderungspolitik hunderte von Migranten ohne sanitäre Einrichtungen, ohne Möglichkeit eines legalen Broterwerbs, in Abbruchhäusern oder im Freien leben. Bei deren Vertreibung arbeitet man Hand in Hand: Während Chrisi Avgi die Schlägertrupps stellt, fordern LAOS-Abgeordnete im Parlament, Griechenland müsse sich gegen „Überfremdung“ schützen.

Heike Schrader

Revanchistisches Zündeln

Freiheit für Südtirol bleibt programmatisches Ziel der extremen Rechten – vor Jahrzehnten wurden dafür über 300 Terroranschläge verübt.

70 000 Zuschauer und 30 000 Akteure von Heimatverbänden, Schützenvereinen und Burschenschaften feierten am 20. September in Innsbruck in Anwesenheit der Staatsspitze den 200. Jahrestag der Erhebung gegen Napoleon und die bayerischen Besatzer. Beim Landesfestumzug zu Ehren des „Alpen-Talibans“ („Süddeutsche Zeitung“) Andreas Hofer zeigten Schützen aus Südtirol Transparente mit Losungen wie „Los von Rom“, „Die Freiheit beginnt, wo Italien aufhört! – Süd-Tirol zu Österreich“ oder „Ein Tirol – nach über 90 Jahren Unrechtsgrenze fordern wir die Wiedervereinigung Süd-Tirols mit Österreich“.

In kleinerem Rahmen wurde Hofer beim 3. „Tiroler Freiheitskommers“, der vom 19. bis 21. Juni in Innsbruck stattfand, gedacht. Ausgerichtet wurde das burschenschaftliche Treiben von den waffenstudentischen Dachverbänden. Während des „Freiheitskommers“ zelebrierte man auch eine „Heldenehrung“ am Andreas Hofer-Denkmal. Schirmherr des Kommers war der FPÖ-Nationalratspräsident Martin Graf. Graf, Alter Herr der rechtsextremen Burschenschaft Olympia, „geißelte“ in seiner Festrede, so berichtete die FPÖ-nahe Monatszeitschrift „Die Aula“, die „linke Antifa-Hetze“ gegen seine Person und referierte über Hofer und dessen „Freiheitskampf“. Mehrfach hatte Graf in jüngster Zeit eine Volksabstimmung zur Rückkehr Südtirols nach Österreich gefordert. Dies sei eine „legitime politische Forderung“, erklärte Graf, Autor der rechtsextremen Wochenzeitung „Zur Zeit“, in einem Interview. Organisationsverantwortlicher des „Freiheitskommers“ war der Innsbrucker Christoph Mösenbacher. Mösenbacher gehört der Burschenschaft Brixia an und ist Landesobmann des Rings freiheitlicher Studenten (RfS) Tirol. Zugegen waren beim Kommers laut „Aula“ auch Teilnehmer „aus den getrennten deutschen Ländern“.

Hofer wird in diesen Kreisen als Held und Identitätsstifter für das heroische Selbstbild der Tiroler verehrt. Doch der zum mythologischen Gebirgler verklärte Partisanenführer Hofer wollte nicht Unabhängigkeit und Freiheit, sondern Tirol als kaisertreues Bollwerk gegen die Aufklärung bewahren. Hofer war Vorbild des rechtsterroristischen „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS), der Südtirol in den 1960er Jahren aus dem italienischen Staat herausbomben wollte. In der so genannten „Feuernacht“ im Juni 1961 hatten die Südtirol-Terroristen, verharmlosend in Österreich zu „Bumsern“ verklärt, quer durchs Land Strommasten in die Luft geprengt. Nach über 300 Terroranschlägen verebbte der Südtirol-Terrorismus Ende der 1980er Jahre. Zuletzt wurden im April 2008 durch die italienische Polizei 16 Südtiroler Neonazis festgenommen, die auch Kontakte zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik pflegten.

Waffen und Sprengstoff sichergestellt

Einer der einstigen Rechtsterroristen ist heute propagandistisch weiterhin gemeinsam mit seiner Ehefrau in Sachen Südtirol aktiv: Peter Kienesberger in Nürnberg. Kienesbergers Ehefrau Elke, Tochter des ehemaligen NPD-Funktionärs und Autors der „Artgemeinschaft“-Schriftenreihe Fritz Danner, betreibt unter ihrem Namen die Homepage („Heimseite“) des Buchdiensts Südtirol. Auf Kundensuche ging der Buchdienst Südtirol mehrfach mit Anzeigen in der rechtsextremen „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ). Im aktuellen Angebot des Buchdiensts finden sich Werke, die mit Themen wie Scharfschützen-Schießtechnik, Selbstschusstechniken oder Combatschießtechniken aufwarten. Laut Verlagswerbung ermöglicht das 248 Seiten umfassende Buch „Radikale Combatschießtechniken“ Waffenträgern, „die wirkungsvollsten, schnellsten und treffsichersten kampfmäßigen Schießtechniken zu erlernen“.

Der Österreicher Kienesberger war 1967 in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er soll an einem Anschlag beteiligt gewesen sein, bei dem in der Nacht des 25. Juni 1967 in der Nähe von Santo Stefano di Cadore vier italienische Soldaten ums Leben kamen. 1980 wurden laut Angaben des Verfassungsschutzes in Nürnberg Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt, die Kienesberger, damals 2. Vorsitzender der „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“, bei einem Bekannten ausgelagert hatte. Die Verfassungsschützer notierten, dass Kienesberger Literatur vertreibe, „die insbesondere die ‚Befreiung‘ Südtirols zum Gegenstand hat“. Anfang der 1980er Jahre saß Kienesberger mehrere Monate in Auslieferungshaft. In dieser Zeit wurde er vom

„Deutschen Rechtsschutzkreis / Deutsche Rechtsschutzkasse“, dem Blut-und-Boden-Flügel des Rechtsextremismus, unterstützt. Die Freilassung von Kienesberger, dessen Anschrift sich in den Kundenkarteien der antisemitischen Hetzschrift „Die Bauernschaft“ und der militanten Neonazi-Truppe „Nationalistische Front“ fand, feierte der „Deutsche Rechtsschutzkreis“ als seinen Erfolg.

„Fremdbesetzte italienische Provinz“

Im Juni 1996 führte die Polizei beim Buchdienst Südtirol eine Hausdurchsuchung statt. Grundlage war unter anderem ein Beschlagnahmebeschluss gegen ein Buch des antisemitischen Berliner Verlags der Freunde. Kienesberger wurde zuletzt im Jahr 2001 im bayerischen Verfassungsschutzbericht namentlich in seiner Eigenschaft als Südtirol-Referent genannt. In seinem Referat „Geschichte und Perspektiven der Deutschen in Südtirol“, vorgetragen bei der Aktivitas der Münchner Burschenschaft Danubia am 17. Februar 2001, hatte Kienesberger laut Verfassungsschutz behauptet, „die Situation der Südtiroler in den 60er Jahren habe man nur durch Gewalt ändern können.“

Unter der Postfachadresse des Buchdiensts Südtirol firmiert auch die „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“. Deren langjähriger Sprecher ist der Österreicher Erhard Hartung, der lange Zeit als Narkosearzt in Düsseldorf arbeitete. Hartung war wie Kienesberger 1967 in Italien wegen des Anschlags bei Santo Stefano di Cadore zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Im September 1971 wurde in der damals rechtsextremen Zeitschrift „MUT“ ein Leserbrief von Hartung veröffentlicht, in dem er den Vorsitzenden der später verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP), Norbert Burger, als „verdienten Kämpfer um Südtirols Recht“ bezeichnete. Burger war einer der Gründungsväter des „Befreiungsausschusses Südtirol“. Zeitweilig war Hartung „Sprecher der in Deutschland wohnenden Kameraden“ der NDP. Ebenfalls lief das deutsche Spendenkonto der NDP auf Hartungs Namen.

In den 1990er Jahren saß Hartung im Kuratorium der über 100 Millionen-schweren Hermann-Niermann-Stiftung zur Förderung des Deutschtums im Ausland. Von dort flossen Gelder an Südtiroler Organisationen. Recherchen des Magazins „Der Spiegel“ zufolge soll die Düsseldorfer Stiftung „auch die Verteidigung der ‚Schwarzen Wölfe‘ finanziert“ haben. Die terroristischen elsässischen Separatisten hatten in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre Anschläge auf das ehemalige NS-Konzentrationslager Struthof verübt.

„Eine Zukunft ohne Italien“

Ende 2004 war Hartung von der Bielefelder Burschenschaft Normannia Nibelungen als Referent zum Thema „Der Südtiroler Freiheitskampf in den 1960er Jahren“ geladen. Im gleichen Jahr musste ein gemeinsamer Referatsauftritt mit Kienesberger bei der Heidelberger Burschenschaft Normannia aufgrund öffentlicher Proteste abgesagt werden. Im Rundbrief der „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“ notierte Hartung im Herbst 2005: „So bleibt Südtirol nach wie vor die einzige italienische Provinz, die entgegen dem mehrfach bekundeten Willen der angestammten Bevölkerung zu Italien geschlagen wurde und somit fremdbesetzt ist“. „Ausdrücklich“ verweist Hartung darauf, „das wir Freiheitskämpfer in den 1960er Jahren erstmals seit der Fremdbesetzung ... der italienischen Armee wiederholt Schwierigkeiten – gefolgt mit Prestigeverlust – bereitet haben“.

Als „Fahnenträgerin und Symbol der Selbstbestimmung“ Südtirols hat der 91-jährige Otto Scrinzi, Doyen des nationalen Lagers in Österreich, Eva Klotz mit ihrer „Südtiroler Freiheit“ auserkoren. Klotz (Jg. 1951) Tochter des einstigen Südtirol-Rechtsterroristen Georg Klotz und Referentin bei den NS-apologetischen „Kärntner Kulturtagen“, startete ihre politische Karriere 1976 als Mitglied des Ausschusses des „Südtiroler Heimatbundes“. 1983 wurde die frühere Lehrerin erstmals für die „Union für Südtirol“ (UfS) in den Landtag in Bozen gewählt. 2007 rief die langjährige UfS-Landtagsabgeordnete die „Süd-Tiroler Freiheit“ ins Leben. Mit Plakaten mit der Aufschrift „Süd-Tirol ist nicht Italien“ sorgte die „Süd-Tiroler Freiheit“ in ihrem Gründungsjahr für landesweite Aufmerksamkeit. Die Rechtspartei Forza Italia forderte gar ihr Verbot. Bei der Landtagswahl 2008 erreichte die „Süd-Tiroler Freiheit“ 4,9 Prozent und stellt mit Klotz und Sven Knoll zwei Landtagsabgeordnete. Die Autonomie Südtirols betrachten Klotz und ihre Partei als „eine Übergangslösung“. „Ziel der patriotischen Kräfte in Südtirol“, so Klotz, „ist eine Zukunft ohne Italien“.

Anton Maegerle

Gute Rezepte

Was gegen den Antisemitismus unter Jugendlichen getan werden kann.

Was der Zehntklässler, der sich Garry nennt, im Internet schreibt, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Seit der Nationalsozialismus im Unterricht dran sei, käme ihm immer Schlimmeres zu Ohren: Von „Irgendwas müssen die Juden ja gemacht haben, dass sie immer verfolgt wurden" bis zu dem Ausdruck „bis zur Vergasung" und „Du Jude" als Schimpfwort. Nun fragt Garry, was er wohl machen soll – angesichts von Klassenkameraden, die „entweder über so was lachen, oder es einfach hinnehmen, als wäre es total normal". Dass er selbst ein jüdischer Schüler ist, wissen nur zwei gute Freunde und eine Lehrerin.

Dass Antisemitismus unter Jugendlichen keine Randerscheinung und die Behandlung des Holocaust in der Schule längst nicht immer ein erfolgreicher Grundkurs in Empathie ist, beschäftigt Pädagogen ebenso seit Jahren wie die Frage, wie sie es besser machen können. Die Frustration darüber, wie Schüler reagieren, beschränkt sich dabei nicht auf den Frontalunterricht im Klassenzimmer. Auch Zeitzeugengespräche oder Gedenkstättenbesuche zeigen längst nicht immer das gewünschte Resultat. In Ausnahmefällen enden sie gar in einem Eklat – und der ein oder andere verbreitet seinen Antisemitismus geradewegs bei einem Besuch in einem Konzentrationslager.

Gründe dafür gibt es nach Ansicht von Experten viele – von wenig ganzheitlichen Ansätzen über die Überforderung der Schüler bis zu der mangelnden Möglichkeit der Identifikation. Eine „Erziehung nach Auschwitz" als oberster Prämisse, wie sie einst Theodor Adorno forderte, ist drei Generationen nach Kriegsende nicht leichter geworden: Allen fehlt inzwischen der direkte Bezug zu dem Geschehenen. In deutschen Großstädten stammt nahezu jeder dritte Schüler aus einer Familie, die nicht aus dem Land der Täter stammt. Dass Antisemitismus nicht nur unter muslimischen Jugendlichen auftaucht, ist unstrittig – aber dass es dort auftaucht, wurde jahrelang tabuisiert.

Konzepte, die Antisemitismus anders als traditionell behandeln und zuweilen auch den Nahost-Konflikt thematisierten, werden erst in allerjüngster Zeit entwickelt. Das American Jewish Committee und das Anne Frank Zentrum haben Materialien entwickelt, die Vergangenheit und Gegenwart miteinander verbinden und Jugendliche immer wieder auch die Perspektive wechseln lassen. Das Anne Frank Zentrum macht gute Erfahrungen mit einem Comic, der die Spurensuche einer Jüdin nach ihren in Auschwitz ermordeten Eltern nacherzählt und den Jugendlichen ermöglicht, in die Rolle von Opfern und Tätern, Mitläufern und Mitwissern zu schlüpfen. Das Jüdische Museum Berlin hat eine muslimisch geprägte Klasse aus Berlin-Neukölln mit einer des Jüdischen Museums zusammengeführt und bei ihrem Kennenlernen begleitet. Dabei zugeschaut und die Begegnungen zu einem eindrücklichen Film werden lassen, hat ein Team der Deutschen Welle – „Koscher, gibt's das nicht auch im Islam?" ist im Internet abrufbar.

Vor allem aber bringen kleine, nahezu ehrenamtliche Initiativen den Diskurs voran. Das Bildungsteam Berlin-Brandenburg hat mit seinen „Bildungsbausteinen gegen Antisemitismus" eine Sammlung entwickelt, die der Realität der Gesellschaft von heute gerecht werden will. Unter dem Titel „Woher kommt Judenhass? Was kann man dagegen tun?" setzt das Material nicht in erster Linie auf Schuld und Holocaust – sondern regt Debatten über eine 2000-jährige Spanne vom christlichen Antijudaismus über alte und neue Verschwörungstheorien bis zum 21. Jahrhundert an. Mit Hilfe von Rollenspielen, Interviews und interaktivem Material lernen die Jugendlichen das aktuelle jüdische Leben ebenso kennen wie das frühere. Sie sehen Filme über antisemitische Vorfälle von heute und diskutieren aktuelle Vorfälle: Warum ist das so? Wer hätte in welcher Situation so oder anders reagieren können? Nicht zuletzt überprüfen sie ihre eigenen Stereotype beziehungsweise lernen sie überhaupt kennen: den „reichen Juden" zum Beispiel. Die von einem Berliner Türken gegründete „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus" veröffentlicht demnächst zwei Unterrichtseinheiten zum „Nahostkonflikt" und zum „Islamistischen Antisemitismus" für Haupt- und Realschulen. Das Projekt „Amira" hat eine Handreichung für Lehrer zu der Frage, wie Begegnungen zwischen Juden und Nichtjuden sinnvoll gestaltet werden können, angekündigt.

*www.bildungsteam.de,www.amira-berlin.de,
www.annefrank.de, www.ajc.org,
www.juedisches-museum-berlin.de*

Jeannette Goddar

Orientierungshilfe

Ein Sammelband informiert über Strukturen und strategische Grundlagen der extremen Rechten.

Auch wenn die NPD bei den Wahlen Stimmenrückgänge zu verzeichnen hatte, kann wenig darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextreme Anschauungen sich in bestimmten Teilen der Bevölkerung weiter verfestigen. Umso wichtiger sind Bücher wie der von Stephan Braun, Martin Gerster und Alexander Geisler herausgegebene Sammelband „Strategien der extremen Rechten“, der die Vielfalt und Wandlungsfähigkeit des rechtsextremen Spektrums umfassend darstellt, analysiert sowie bewährte Gegenstrategien gegen Rechts vorstellt.

Eine aktuelle Studie des Bundesinnenministeriums zu rechtsextremen Einstellungen ergab, dass rund 17 Prozent aller Jugendlichen stark mit dem Rechtsextremismus sympathisieren. Und die jüngste Kriminalstatistik zeigt einen neuerlichen Anstieg von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund; gegenüber dem Vorjahr lag der Zuwachs bei 15,8 Prozent. Auf diese Zahlen verwies Bundesjustizministerin Brigitte Zypries bei der Präsentation von „Strategien der extremen Rechten“ im Juli in Berlin. Das Thema des Buches, so Zypries weiter, sei so aktuell wie nie, weil immer öfter „Rechtsextremisten der Einzug in kommunale Parlamente“ gelinge. „All dies zeigt, wie wichtig es ist, dass sich gerade Demokraten mit den Strategien der extremen Rechten befassen, sie erkennen, abwehren und so die Demokratie stärken.“

Der Band versammelt 37 Beiträge von 42 verschiedenen Expertinnen und Experten zum Thema, darunter neben anderen der Historiker Wolfgang Benz und der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy. Sie und die übrigen Autoren zeigen in diesem umfangreichen Sammelband auf, wie vielfältig „die“ rechte Szene ist, wie es ihre Exponenten verstehen, soziale Themen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und mit Websites und Blogs problemlos Zugang zu Jugendlichen finden. „Die Szene hat das Web 2.0 für sich entdeckt, ihr Medienangebot umfasst längst Musik, Comics und Computerspiele“, schreiben Braun, Geisler und Gerster in ihrer Einleitung. „Den Weg in die gesellschaftliche Mitte will eine ‚Neue Rechte‘ ebnen, deren radikalste Protagonisten daran arbeiten, die Grenzen zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen und den Meinungstenor gesellschaftlicher Diskurse nach rechts außen zu verschieben.“

Trotz der Stimmenrückgänge, die die NPD bei den letzten Wahlen zu verzeichnen hatte, gelte es, dieser Partei weiterhin besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, schreiben Sebastian Edathy und Bernd Sommer in ihrem Beitrag. „Die NPD ist in einigen Regionen (wie der Sächsischen Schweiz oder der Uckermark) fest verankert, mit dem Aufgreifen der ‚sozialen Frage‘ verfügt sie über ein Thema mit beachtlichem Mobilisierungspotenzial, und die Parteiinfrastruktur konnte in den vergangenen Jahren stark ausgebaut und professionalisiert werden.“ So sei auch nicht davon auszugehen, dass diese Partei wie in der Vergangenheit die Republikaner und die DVU wieder „zurückschrumpfe“.

Der Band ist systematisch aufgebaut und setzt sich im ersten Teil mit den Strukturen und strategischen Grundlagen der extremen Rechten auseinander. Der Strategieanalysen überschriebene zweite Teil widmet sich vier großen Unterkapiteln: Politik und Parteien, Kultur und Medien, Recht und Verfassung sowie Internationales. Der abschließende dritte Teil schließlich präsentiert Antworten und Gegenstrategien. Dabei zeigt der Kommunalpolitiker Matthias Schmidt anhand eines Praxisbeispieles, wie demokratische Parteien abgestimmt mit der NPD-Fraktion in einem Kommunalparlament, der Berliner Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, umgehen. Miro Jennerjahn stellt die Arbeit gegen Rechtsextremismus in der sächsischen Kleinstadt Wurzen vor. Micha Brumlik befasst sich mit den möglichen Erfolgen pädagogischer Arbeit im Umgang mit antisemitischen Einstellungen und Ressentiments.

Ausführliche Register und Literaturhinweise runden den 681 Seiten starken Sammelband ab. Als Einführung in das Thema Rechtsextremismus ist es ebenso zu empfehlen wie als Nachschlagewerk für den Alltag.

Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.), Strategien der extremen Rechten, Hintergründe – Analysen – Antworten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, 667 Seiten, 39,90 Euro.

Gudrun Giese

Erbitterter Widerstand

Der Warschauer Aufstand gegen die verhassten Besatzer vor 65 Jahren wurde von breiten Bevölkerungskreisen getragen – er endete mit fast 200 000 Toten oder Vermissten.

Das hat es in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges nur in einem Land gegeben – dass sich die Bevölkerung in Aufständen gegen die Unterdrückung durch die deutschen Besatzer massiv zur Wehr gesetzt hat. Und das nicht nur einmal, sondern gleich in zwei Aufständen. Es geht um Warschau, das vom Herbst 1939 bis zum Winter 1944 /1945 unter Wehrmacht, SS, SD und Gestapo mörderisch gelitten hat. Als erste war es die jüdische Gemeinschaft, die am Montag, dem 19. April 1943, einen Tag vor Hitlers Geburtstag und am Vorabend des Pessachfestes, sich nicht einfach zu den Gaskammern abholen ließ. Der Aufstand dauerte bis zum 16. Mai 1943. An diesem Tag meldete SS-General Jürgen Stroop: „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr."

An den Gedenkveranstaltungen nahm immer ein Mann teil, der damals an führender Stelle mitgekämpft hat: Marek Edelman, der auch am zweiten Warschauer Aufstand 1944 als Kommandeur beteiligt war. Jetzt ist er hoch betagt gestorben. Geboren 1912 in Warschau, schloss er sich als junger Mann der sozialistischen Jugendorganisation „Zukunft" an und stieg dort bald in die Leitungsebene auf. Beim Ghettoaufstand leitete er zuerst die „Bürstenmacher-Zone", später die Abteilung „Francziszkana-Straße 30". Am Ende des Aufstandes gelang es ihm, durch die Kanalisation auf die „arische" Seite Warschaus zu fliehen. Beim Aufstand der Bevölkerung 1944 machte er erneut bei den Aufständischen mit. Sein Erinnerungen schrieb er in Jiddisch. Nach der Befreiung studierte Edelman in Warschau Medizin und wurde Facharzt für Herzchirurgie. Bis zu seinem Tod lebte er in Warschau.

Der zweite Aufstand brach am 1. August 1944 aus und dauerte acht Wochen. Dieses Mal war das Ziel, der am östlichen Ufer der Weichsel stehenden Roten Armee entgegen zu kommen, den sowjetischen Soldaten bei der Vertreibung der Deutschen zu helfen. Die erbitterten Kämpfe gingen erst am 2. Oktober zu Ende – also vor 65 Jahren.

Beide Aufstände in Warschau waren und bleiben historische Ereignisse in der Geschichte Polens. Ausgelöst wurde der zweite durch eine Weisung der im Allgemeinen gut informierten polnischen Exilregierung in London. Rückgrat des Aufstandes war die Armia Krajowa, die größte Widerstandsorganisation. Ihre Streitkräfte zählten etwa 23 000 jämmerlich bewaffnete Männer und Frauen. Das liest sich gewaltig, war aber tatsächlich eine winzige Minderheit gegenüber den hervorragend ausgerüsteten deutschen Soldaten und Polizisten. Zudem spricht heute einiges dafür, dass die deutsche Seite unterrichtet und nicht überrascht war.

In den ersten Tagen gelang den Aufständischen kein sichtbarer Erfolg. Sie sprengten keine Weichselbrücke, eroberten keine deutsche Stellung. Am 4. August konnten sie allerdings mehrere jüdische Häftlinge aus dem Warschauer KZ an der Gesia-Straße befreien. Es waren Griechen und Ungarn, die sich sofort den Aufständischen anschlossen. Bei ihnen handelte es sich überwiegend um junge Männer und Frauen, anfangs aber ohne Rückhalt in der Bevölkerung. Das änderte sich jedoch bald. Plötzlich meldeten sich ganz junge und ältere Warschauer und boten ihre Dienste an. Damit wurde der Widerstand zu einem breiten, von der ganzen Bevölkerung getragenen Aufstand gegen die verhassten, grausamen und rücksichtslosen Besatzer. Druckereien wollten Zeitungen und Flugblätter veröffentlichen, Haushalte Mahlzeiten bereiten, Privatleute griffen zu Waffen, wenn denn welche verfügbar waren. Hilfe von alliierter Seite aus der Luft kam erst sehr spät. Demgegenüber gelang es polnischen Fallschirmspringern, auf dem rechten Weichselufer zu landen und unter verheerenden Verlusten über den Fluss auf das andere Ufer und damit in Richtung Altstadt überzusetzen. Wirkliche Hilfe für die Aufständischen konnten sie aber nicht leisten. Die äußeren Umstände und die geologischen Verhältnisse waren zu schwierig.

Der Aufstand endete am 2. Oktober 1944 mit fast 200 000 getöteten oder vermissten Warschauern. Auf deutscher Seite gab es 16 000 Vermisste und Tote sowie 9000 Verwundete. Die Besatzer zerstörten danach die gesamte Innenstadt. Warschau schien es nicht mehr zu geben. Heute gehört die polnische Hauptstadt zu den schönsten und teuersten Metropolen des Kontinents. Spuren der beiden Aufstände findet man nur noch auf den großen Friedhöfen des „Paris an der Weichsel".

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Abgestraft

Krefeld – Der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorstand hat den Krefelder Kreisvorsitzenden Lars Spönlein seiner Ämter enthoben. Zwei Tage nach dieser Entscheidung trat Spönlein, der bis zu seiner Absetzung als Beisitzer auch dem Landesvorstand angehört hatte, aus der Partei aus. Die „detaillierten Hintergründe" für die Amtsenthebung sollen nun in einer Versammlung der Krefelder NPD dargestellt werden, kündigte der Kreisvorstand an. Spönlein wird vor allem vorgehalten, bei der Vorbereitung der Kommunalwahl komplett versagt zu haben – die NPD hatte nur in drei von 29 Wahlbezirken, ohne Reserveliste und ohne Bürgermeisterkandidat antreten können. Außerdem werden ihm „finanzielle Unregelmäßigkeiten" vorgeworfen. Der extrem rechte Diskussionszirkel „Krefelder Forum" beschuldigt Spönlein gar, für den Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. (ts)

Hitler-Verherrlicher

Ellwangen – Das Buch „Wahre Dein Antlitz. Lebensgesetze, Politik und die Zukunft" des österreichischen Altnazis Herbert Schweiger (Jg. 1924) steht auf dem Index. Mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 30. September durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wurde die Indizierung rechtskräftig. Wegen des im Jahr 2006 beim Verlags- und Medienhaus Hohenberg (Ellwangen) erschienenen Buches und eines weiteren in diesem Verlag von Schweiger veröffentlichten Machwerkes (2004) wurde Schweiger im Juni dieses Jahres vom Landgericht Klagenfurt zu einer zweijährigen Haftstrafe wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt. Das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig. Schweiger, sowohl Gründungsmitglied der (später verbotenen) Nationaldemokratischen Partei (NDP) als auch der FPÖ, hat der Auffassung des Gerichts zufolge in den Büchern NS-Gedankengut verherrlicht und die Person Adolf Hitlers glorifiziert. Schweiger, eine in NPD-Kreisen verehrte NS-Gralsgestalt, war SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler" (LAH). Geschäftsführer des Verlags- und Medienhauses Hohenberg ist der Österreicher Andreas Thierry. Der Ex-NPD-Spitzenfunktionär Thierry, Mitglied der Gesellschaft für freie Publizistik, gilt als Ziehsohn Schweigers. (am)

Rechtskräftig verurteilt

Frankfurt/Main – Das Oberlandesgericht Frankfurt/Main hat die Revision des Neonazis Marcel Wöll (Jg. 1983) gegen seine Verurteilung wegen Volksverhetzung zurückgewiesen. Der mehrfach wegen Körperverletzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte vorbestrafte Wöll, von Mai 2006 bis April 2008 NPD-Landesvorsitzender in Hessen, hatte in seiner Eigenschaft als NPD-Abgeordneter des Wetterauer Kreistages am 14. März 2007 den Holocaust geleugnet und kommunale Zuschüsse für Studienfahrten nach Auschwitz kritisiert. Die Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers bezeichnete Wöll als „Stätte des so genannten nationalsozialistischen Terrors". Wöll war in erster und zweiter Instanz zu einer viermonatigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden. Die Gerichte stuften Wöll als „Bewährungsversager" ein. Seit seinem Umzug von Hessen nach Thüringen hält sich der zuvor bundesweit als Redner bei Neonazi-Demonstrationen in Erscheinung getretene Wöll öffentlichkeitswirksam zurück. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de